

Antrag an den Landesparteitag
(Änderungsantrag zum Antrag des Landesvorstands)

Antragstellende: Landesvorstand, Nils Böhlke, Hannes Draeger, Roland Wiegel

Die Waffen nieder –
Zivile Lösungen statt Waffenlieferungen
Solidarität mit den Opfern aller Kriege

Durch den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine sind seit dem 24. Februar 2022 nach norwegischen Schätzungen 310.000 Menschen getötet oder verletzt worden. Etwa 18 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainer sind innerhalb und außerhalb des Landes auf der Flucht.

Auf der ganzen Welt leiden Menschen unter den Folgen des Kriegs und der Sanktionen. Eine verantwortungsvolle Politik muss zum Ziel haben, den größten und tödlichsten Krieg in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg, der inzwischen schon über ein Jahr lang geführt wird, schnellstmöglich zu beenden, eine weitere Eskalation zu verhindern und dadurch Menschenleben zu retten. Wir sagen: Die Waffen nieder!

Ein Krieg aus geopolitischen Interessen

Dieser Krieg hat eine Vorgeschichte, die nicht erst mit der illegalen russischen Annexion der Krim im Jahr 2014 beginnt. Nicht umsonst erinnern viele Rechtfertigungen der russischen Regierung an diejenigen, die von NATO-Staaten bei vorhergehenden Völkerrechtsbrüchen wie den Angriffskriegen auf Jugoslawien oder den Irak vorgebracht wurden. DIE LINKE. NRW steht unverbrüchlich zum Völkerrecht als Mittel zur Bewältigung internationaler Konflikte. Der Ukraine Krieg ist nur aus der brutalen Logik imperialer Konkurrenz zu verstehen, in der sich große Mächte um Einflussphären und die Neuaufteilung der Welt streiten. Der Putin-Administration und der NATO geht es um geopolitische Interessen. Mit dem Krieg möchte Russland die eigenen „Ansprüche“ als Großmacht in der Ukraine und darüber hinaus geltend machen. Der seit 2014 andauernde Konflikt um die Ukraine - zwischen den USA und Russland - hat mit dem russischen Überfall eine neue Stufe der Brutalität erlangt. Der Nato und der EU geht es aber darum, den russischen Einmarsch für eigene geopolitische Interessen zu verwerten.

Waffenstillstand statt Eskalation!

Es gilt, die fortwährende Eskalation zwischen EU und NATO auf der einen und Russland auf der anderen Seite auf dem Rücken der ukrainischen Bevölkerung und der Völker weltweit zu verhindern und auf einen Waffenstillstand zu drängen.

Wir stellen uns nicht auf die Seite von geopolitischen Blöcken, sondern an die Seite der arbeitenden Menschen weltweit im Kampf für die Befreiung vom Diktat der Konzerne und gegen Nationalismen. Wir kämpfen nicht auf der Seite eines der imperialen Akteure, sondern lehnen ihre Kriege und ihre Methoden ab.

Selbstbestimmung für die ukrainische Bevölkerung

Das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine nach Artikel 51 UN-Charta ist anzuerkennen, stellt jedoch keine Verpflichtung zu Waffenlieferungen dar.

Das Ziel der ukrainischen Bevölkerung, selbstbestimmt zu leben, unterstützen wir.

Durch Waffenlieferungen zum Abnutzungskrieg

Die kontinuierlichen Waffenlieferungen aus der NATO und anderen verbündeten Staaten haben jedoch dazu beigetragen, dass sich der Überfall in einen Abnutzungskrieg verwandelt hat, bei dem kein Ende in Sicht ist.

Während zunächst argumentiert wurde, der Westen würde Waffen zur Verteidigung schicken, haben sich die Kriegsziele verschoben und Deutschland begibt sich immer tiefer in den Krieg hinein. So erklärten verschiedene Politiker:innen, dass es nun darum ginge, Russland nachhaltig zu schwächen.

Entsprechend verabschiedeten sich Nato-Staaten auch früh von einer Verhandlungslösung und entschieden sich für eine verstärkte Konfrontation. Eine solche Eskalations-(Un-)Logik gegenüber einer Atommacht birgt die Gefahr einer brandgefährlichen globalen Eskalation.

Endlich verhandeln!

Die Bundesregierung setzt mittlerweile fast ausschließlich auf militärische Mittel, obwohl wiederholte Gefangenenaustausche und das mit Hilfe der Türkei und der UNO ausgehandelte Getreideabkommen vom Juli 2022 zeigen, dass Verhandlungen zumindest in konkreten Sachfragen erfolgreich geführt werden können.

Perspektiven einer Verhandlungslösung, wie sie in den ersten Monaten auf dem Tisch waren, sind in weite Ferne gerückt.

Eine dauerhafte Lösung, die neben der Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen sämtlicher Akteure auch langfristige Abrüstungsziele umfassen muss, kann nur durch Verhandlungen auf den Weg gebracht werden. Statt zu einer weiteren Verstärkung dieses Krieges beizutragen, muss sich die Bundesregierung endlich für ernsthafte Verhandlungen stark machen, und dazu etwa die Initiativen des brasilianischen Präsidenten Lula, des spanischen Premiers Sanchez oder der chinesischen Regierung aufgreifen. Die Lieferung von Waffen und Munition, insbesondere von Kampfpanzern und schwerem Gerät, muss beendet werden, um eine Ausweitung des Krieges zu vermeiden und vor allem das Sterben in der Ukraine zu beenden.

Zynische Doppelmoral

Nicht nur in der Ukraine sterben täglich Menschen in verbrecherischen Kriegen. Es ist zutiefst heuchlerisch, wenn die Bundesregierung den russischen Angriff auf die Ukraine zum Anlass nimmt, kein russisches Öl und Gas mehr kaufen zu wollen, aber Ersatz dafür aus Staaten wie Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten bestellt, die den nach UNO-Angaben tödlichsten Krieg unserer Zeit im Jemen betreiben und ebenso autokratisch regiert werden wie Putins Russland. Dass nun auch wieder Waffengeschäfte mit diesen Ländern genehmigt werden, ist zynisch angesichts der Leiden der jemenitischen Zivilbevölkerung.

Im Windschatten des Ukraine-Kriegs setzt der NATO-Partner Türkei seine Angriffe auf kurdische Gebiete in Nordsyrien fort, selbst während des verheerenden Erdbebens gab es Bombardierungen. Von der Bundesregierung ist keine Kritik am völkerrechtswidrigen und inhumanen Vorgehen des Bündnispartners Erdogan zu vernehmen. Wir lehnen all diese

Kriege ab und fordern die Bundesregierung auf, Druck auf die türkische Regierung für einen sofortigen Stopp dieser Angriffe auszuüben.

Die Aufrüstungswelle brechen

Mit dem Überfall auf die Ukraine wurde auch die Verunsicherung in der Bevölkerung hier missbraucht, um die seit Jahren angestrebte Aufrüstungswelle in Deutschland und der EU voranzubringen und bisher ablehnende Haltungen dagegen zu überwinden.

Das Sondervermögen über 100 Milliarden Euro und die dauerhafte Einhaltung des sogenannten 2-Prozent-Zieles sind Teil dieser Aufrüstungswelle. Sie sind aber nur der Anfang, wenn wir nicht den breiten Widerstand verstärken.

Bei den Rüstungskonzernen knallen die Champagnerkorken in den Konzernzentralen, wenn die Bundeswehr immer weitere Waffensysteme zu überhöhten Preisen beschafft, während die Menschen hierzulande unter explodierenden Preisen für Lebensmittel und Energie ächzen.

Atomwaffenverbot statt nuklearer Teilhabe!

Statt extrem teure F35-Tarnkappenbomber anzuschaffen, mit denen Bundeswehrsoldaten den Abwurf von Atomwaffen trainieren sollen, fordern wir den Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe der NATO und den Abzug der US-Atomwaffen aus Deutschland. Die Vorbereitung eines Atomkriegs hat nichts mit Verteidigung zu tun, Atomwaffen gefährden die Existenz all dessen, was sie angeblich verteidigen sollen.

Deutschland muss dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beitreten und bei den anderen NATO-Staaten für den Beitrag zu diesem Vertrag werben.

Zeitenwende für Bildung, Klima und Zusammenhalt!

Statt in Aufrüstung wollen wir in eine Zeitenwende für Bildung, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt investieren. Mit 45 Milliarden Euro könnten sämtliche Schulen in diesem Land renoviert werden. Unsere marode Verkehrsinfrastruktur braucht für die überfällige Verkehrswende massive Investitionen in Schienen, Züge, Busse, Brücken und Stellwerke, damit klimafreundliche Mobilität für alle Menschen möglich wird. Dass in einem reichen Land jedes fünfte Kind in Armut lebt, während die Bundesregierung die Rüstungsaktionär:innen pampert, ist ein Skandal. Wir fordern eine Kindergrundsicherung, die diesen Namen verdient und jedem Kind ein Aufwachsen in Würde und soziale Teilhabe sichert. Trotz der desaströsen Lage unseres Gesundheitswesens planen die Bundesregierung und die Landesregierung NRW eine Krankenhausreform, die zur massenweisen Schließung von Kliniken und Stationen führen wird. Für all diese drängenden politischen Aufgaben fehlt angeblich Geld, weil die Einhaltung der Schuldenbremse wichtiger ist als Investitionen in die Zukunft. Aber für das Militär ist immer Geld da, und es ist nie genug, wie die Forderungen aus der Bundeswehr und von der Wehrbeauftragten nach 300 Milliarden „Sondervermögen“ belegen.

DIE LINKE. NRW setzt sich ein

- für einen sofortigen Waffenstillstand und eine diplomatische Initiative im Ukraine-Krieg
- für anschließende Friedensverhandlungen, durch die ein Rückzug der russischen Truppen erreicht, die Souveränität, territoriale Integrität und Sicherheit der Ukraine

- garantiert und langfristig ein System gemeinsamer europäischer Sicherheit mit Russland ermöglicht werden soll
- für ein Ende der Waffenlieferungen
 - für eine Verstärkung der humanitären Hilfe für die Ukraine und einen Schuldenschnitt
 - dafür, dass Menschen, die aus der Ukraine fliehen, ohne Unterscheidung der Herkunft und des Status' aufgenommen werden
 - dafür, dass Menschen, die vor anderen Kriegen fliehen, beim Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen ukrainischen Geflüchteten gleichgestellt werden
 - für die Unterstützung und Aufnahme von Deserteur:innen und Kriegsdienstverweigerer:innen aus Russland, Belarus und der Ukraine, aber auch aus der Türkei und anderen Krieg führenden Staaten
 - für eine Vergesellschaftung aller Rüstungsunternehmen und ein Programm zur Umwandlung der Produktion in zivile Güter
 - für eine Umverteilung von Rüstungsausgaben zugunsten von Bildung, Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit
 - gegen die Aufrüstung der Bundeswehr und für ein Ende aller Auslandseinsätze.

Auf die Straße!

Wir unterstützen Proteste der Friedensbewegung gegen Waffenhandel und Aufrüstung, etwa am 9. Mai anlässlich der Hauptversammlung des Düsseldorfer Rüstungskonzerns Rheinmetall und rufen alle Demokrat:innen auf, für Frieden und Abrüstung auf die Straße zu gehen.

Wir wehren uns gegen alle Versuche, die Friedensbewegung von rechts zu kapern. Klar ist, dass wer in Tradition eines Regimes steht, das den schlimmsten Weltkrieg seit Menschheitsgedenken vom Zaun gebrochen hat, nicht für Frieden steht, sondern Demagogie betreibt. Jeglicher Demagogie und Vereinnahmung der Friedensbewegung von rechts sowie jeglicher Zusammenarbeit mit rechten Kräften stellen wir uns ebenso wie dem Kriegsgeschrei in den Weg.

Wir stehen lautstark an der Seite derjenigen in Gewerkschaften, Sozialverbänden, Nichtregierungsorganisationen und Kirchen, die diese Aufrüstung ablehnen. Mit Begriffen wie „Lumpenpazifisten“ und „Friedensschwurbler“ wurde eine Stimmung geschaffen, die jegliche Haltung gegen Krieg, Eskalation und Militarismus diskreditieren soll. Dies verdeutlicht auch stark, dass eben der Militarismus und Kriegsstimmungen niemals liberale Demokratie stärkt.

Wir solidarisieren uns mit ukrainischen und russischen Sozialist:innen und allen, die sich vor Ort gegen den Krieg einsetzen. Wir streben an, Kontakte zu entsprechenden Parteien, politischen Gruppen und Gewerkschaften vor Ort aufzunehmen.

Es braucht eine starke Stimme gegen den Krieg. Wir rufen dazu auf, sichtbar und selbstbewusst aktiv zu werden gegen Krieg, Aufrüstung und Waffenlieferungen.